SCHUL- U. SPORTAUSSCHUSS

Auszug
aus der nichtunterzeichneten Niederschrift
der Sitzung vom 07.03.2017

Zu Punkt 3.5.1 Inklusionspauschale für nicht-lehrendes Personal (öffentlich)

Beratungsgrundlage:
Drucksache: 4335/2014-2020

Text des Antrags:

Der Beirat für Behindertenfragen empfiehlt dem Schul- und Sportausschuss und der Schulverwaltung die diesjährige Inklusionspauschale für nicht-lehrendes Personal in Höhe von 372.584,43 € für den systemischen Einsatz von Integrationshelfern zu verwenden.

Herr Beigeordneter Dr. Witthaus erinnert an die Mitteilung der Verwaltung unter TOP 3.2.1 der Sitzung vom 17.01.2017. Hier hatte die Verwaltung mitgeteilt, dass die Stadt Bielefeld als Schulträger im Schuljahr 2016/17 folgende Mittelzuweisungen nach dem Gesetz zur Förderung kommunaler Aufwendungen für die schulische Inklusion erhält:

Belastungsausgleich gem. § 1 des Gesetzes: (für Sachkosten)	354.708,67 €
Inklusionspauschale gem. § 2 des Gesetzes: (für nicht-lehrendes Personal)	372.584,43 €

Die Verwaltung hatte mitgeteilt, dass die Inklusionspauschale deutlich um etwa 189.000 € gestiegen sei im Vergleich zum Vorjahr (183.665,64 €). Für die bislang nicht durch Personalkosten gebundenen Mittel in Höhe von etwa 189.000 € wolle die Verwaltung in einer der nächsten Ausschusssitzungen eine Beschlussvorlage zur Verwendung zur Beratung und Entscheidung einbringen.

Herr Müller erläutert, dass die Frage der Verwendung der nicht durch Personalkosten gebundenen Mittel in Höhe von etwa 189.000 € der Inklusionspauschale z.Zt. sowohl in der Verwaltung als auch im OGS-Qualitätszirkel beraten und diskutiert wird. Zur Verwendung der Mittel seien verschiedene Alternativen wie z.B. ein einheitlicher Pro-Kopf-Betrag für alle OGS-Schulen je I-Kind für den laufenden OGS-Betrieb, die Übernahme der Kosten von systemischen I-Helfern an ausgewählten OGS-Schulen mit Gemeinsamen Lernen für den laufenden OGS-Betrieb oder die Übernahme von projektfINANZIERTEN Kosten für systemische I-Helfer in ausgewählten Ferienangeboten denkbar. Die Verwaltung werde versuchen, die verschiedenen Verwendungsalternativen in einer Vorlage darzustellen und dem Ausschuss zur Beratung und Entscheidung vorzulegen.

Frau Röder bittet die Verwaltung, die Vorlage auch dem Beirat für Behindertenfragen zur Beratung und Entscheidung vorzulegen. Unter Maßgabe des von der Verwaltung dargestellten Verfahrens erfolgt zum Antrag des Beirates für Behindertenfragen am heutigen Tag keine gesonderte Abstimmung.

-.-.-

400 Amt für Schule, 03.04.2017, 51-2341

An

500.12

zur Kenntnis und ggf. weiteren Veranlassung.
i. A.

gez.
Stein